

Wirtschaftswachstum: Mecklenburg-Vorpommern fordert Ausgleich vor Sommerpause!

Bundesrat berät am 13.06.2025 über Wirtschaftspaket.
Mecklenburg-Vorpommern fordert Ausgleich für
Steuerausfälle und konkrete Maßnahmen.



Mecklenburg-Vorpommern, Deutschland - Heute, am 13. Juni 2025, ist die politische Agenda klar: Der Bundesrat berät erstmals über das geplante Wirtschaftspaket der Bundesregierung. Die Länder haben sich auf eine einheitliche Haltung verständigt: Mecklenburg-Vorpommern unterstützt die Pläne, fordert jedoch Ausgleich für die drohenden Steuerausfälle zu schaffen. **NDR** berichtet, dass insbesondere die exorbitanten Steuerausfälle von über 30 Milliarden Euro, die durch die neuen Maßnahmen entstehen könnten, großes Augenmerk erhalten.

Besonders Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) betont

die Dringlichkeit, die Wirtschaft auf Kurs zu bringen. Sowohl die Senkung der Energiepreise als auch steuerliche Anreize sollen als zentrale Maßnahmen fungieren, um Investitionen zu fördern und die Konjunktur anzukurbeln. Die geplanten Änderungen, wie die Senkung der Gastro-Steuer und die Anhebung der Pendlerpauschale, werden als gezielte Impulse gesehen.

Entlastungen und ihre Folgen

Die von der SPD angestrebten steuerlichen Entlastungen für Unternehmen sollen vor der Sommerpause beschlossen werden. Dabei steht die Steuererleichterung als Signal an die Wirtschaft im Mittelpunkt. **Stuttgarter Nachrichten** beschreibt, dass insbesondere Unternehmen, die bewegliche Wirtschaftsgüter wie Maschinen anschaffen, von Sonderabschreibungen in diesem und den zwei folgenden Jahren profitieren könnten. Diese Maßnahme könnte bis zu 30 Prozent der Kosten abdecken, was die Wirtschaft in Schwung bringen soll.

Die Notwendigkeit des Ausgleichs für die Länder und Kommunen, die die meisten Steuerausfälle tragen, wird nicht vernachlässigt. So erwarten die Verantwortlichen aus Mecklenburg-Vorpommern, dass etwa 140 Millionen Euro in der Kasse fehlen könnten, wenn die Entlastungen in Kraft treten. Zudem wird auf die Sitzung der Ministerpräsidentenkonferenz am Mittwoch hingewiesen, bei der Kanzler Friedrich Merz (CDU) erwartet wird.

Langfristige Ziele und Strategien

Der Gesetzentwurf von Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD), der schon bald im Bundeskabinett diskutiert wird, sieht auch langfristige Steuersenkungen vor. **ZDF** berichtet, dass die Körperschaftsteuer schrittweise gesenkt werden soll. Ab 2028 ist eine Reduktion von 15 auf 10 Prozent vorgesehen, um die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu steigern. Diese Maßnahmen werden unter den Begriff **Investitions-Booster** zusammengefasst und sollen von 2025

bis 2027 gelten.

Die wirtschaftlichen Ausgaben und die Steuerausfälle sind jedoch nicht zu unterschätzen. Laut Schätzungen könnten im Jahr 2025 bereits dreistellige Millionenbeträge in die Kassen fehlen. Die geplanten Steuersenkungen in Höhe von 2,5 Milliarden Euro im Jahr 2025, 8,1 Milliarden Euro 2026 sowie 11,3 Milliarden Euro 2029 bringen erhebliches Potenzial für eine wirtschaftliche Belebung mit sich, implizieren aber auch eine hohe Verantwortung für Bund, Länder und Kommunen.

In den kommenden Tagen wird sich zeigen, ob die notwendigen Einigungen erzielt werden können, um den rechtlichen Rahmen für diese wichtigen Entwicklungen in der deutschen Wirtschaft zu schaffen. Die Bundesregierung und die Länder stehen in der Pflicht, die Weichen für eine erfolgreiche finanzielle Zukunft zu stellen.

Details	
Ort	Mecklenburg-Vorpommern, Deutschland
Quellen	• www.ndr.de • www.stuttgarter-nachrichten.de • www.zdfheute.de

Besuchen Sie uns auf: nag-mv.de